

Postulat Florence Pärli Schmid (JF): Mehr Mitbestimmung der Bevölkerung zu Infrastrukturprojekten!

Prüfauftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

Wie können der Stadtrat und die Bevölkerung künftig bei Infrastrukturprojekten bessereinbezogen werden, sodass sie über Varianten (insbesondere: Bloss Sanierung oder auch zusätzlicher Neubau?) entscheiden können?

Begründung

Die Stadt Bern strebt auf eine rekordhohe Verschuldung zu, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt bedroht. Die Verschuldung ist vorwiegend auf ein Ausgabenproblem bei Konsumausgaben zurückzuführen. Dennoch gilt es, auch die Infrastrukturprojekte der Stadt Bern auf ihre finanzielle Tragbarkeit hin zu überprüfen – Nutzen und Investitionskredit müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Als Beispiel sollen die Sanierung der Ka-We-De im Kirchenfeld und der Ersatzneubau Hallenbad und Kunsteisbahn Weyermannshaus in Bümpliz dienen. Beides sind Projekte, die der Bevölkerung unmittelbar zugutekommen und die man nicht missen will. Für die Sanierung der Ka-We-De sind rund CHF 60 Mio. veranschlagt, für den Ersatzneubau Hallenbad und Kunsteisbahn Weyermannshaus CHF 107 Mio. Zum Vergleich: Die Stadt Bern hatte 2023 einen Steuerertrag von rund CHF 586 Mio. und eine Neuverschuldung von rund CHF 55 Mio. Die Sanierung der Ka-We-De ist auch deshalb sehr teuer, weil man wegen des Denkmalschutzes das Wellenbad erhalten muss. Und würde man im Weyermannshaus auf den Ersatzneubau verzichten und bloss das Hallenbad sanieren, würde dieses Projekt rund die Hälfte kosten. Trotz diesen riesigen Dimensionen an Investitionsvolumen werden dem Stadtrat und der Bevölkerung in den überwiegenden Fällen nur Maximalvarianten vorgestellt. Bei der Ka-We-De waren die für das Wellenbad anfallenden Zusatzkosten (wohl über CHF 10 Mio.) nicht einmal in der Abstimmungsbotschaft ausgewiesen. Da die Infrastrukturprojekte gerade im Falle der Ka-We-De und der Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus Sanierungsdringlichkeit aufweisen, besteht ein grosser Druck, die Projekte «durchzuwinken». Die Überprüfung von Varianten, so die Befürchtung, könnte jahrzehntelange Verzögerungen und so noch mehr Kosten verursachen. Der Gemeinderat wird deshalb gebeten zu prüfen, wie er bei Infrastrukturprojekten von einem gewissen Investitionsvolumen (insbesondere bei jenen, die der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden müssen) und die über bloss Sanierungen hinausgehen, künftig Varianten zur Prüfung und Abstimmung vorlegen kann. Sinngemäss soll es bei künftigen Projekten am Stadtrat und vor allem an der Bevölkerung sein, zu entscheiden: Will ich bei der Ka-We-De noch ein Wellenbad? Reicht es für mich aus, wenn die Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus bloss saniert wird oder wünsche ich mir zusätzlich eine neue Eishalle für rund CHF 50 Mio.?

Bern, 05. Dezember 2024

Erstunterzeichnende: Florence Pärli Schmid

Mitunterzeichnende: Simone Richner, Ursula Stöckli, Nik Eugster, Thomas Hofstetter, Oliver Berger, Tom Berger